

Gemeinsame Pressemitteilung Frauen Union Lippe und Kerstin Vieregge, MdB

Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden

Frauen Union Lippe unterstützt Forderungen nach Sexkaufverbot

Berlin/Kreis Lippe. „Menschenwürde ist nicht verhandelbar!“, sagt Birgit Tornau, Vorsitzende der Frauen Union Lippe (FU). Sie ruft auf zur „Solidarität für ein Sexkaufverbot für die durch Menschenhandel und in der Prostitution missbrauchten und ausgebeuteten Frauen.“ Damit stellt sie sich hinter das entsprechende Positionspapier, das die Fraktion von CDU und CSU im Bundestag am 7. November verabschiedet hat.

Auch in Lippe schütze das bisher geltende Gesetz Prostituierte nicht und die Missstände seien unerträglich. „Das einstige Ziel der Liberalisierung von Prostitution, nämlich der Schutz von Frauen, wurde verfehlt. Anstelle der Prostituierten haben vor allem Zuhälter und Betreiber von Bordellen, FKK-Clubs und Laufhäusern enorm von der Legalisierung profitiert“, erläutert FU-Vizechefin und Bundestagsabgeordnete Kerstin Vieregge die Erkenntnisse ihrer Fraktion. „Die Frauen in der Zwangsprostitution werden unter erbärmlichen Umständen benutzt und erfahren Gewalt. Ihre Körper werden be- und gehandelt wie billige Ware. Ihr Leben ist zerstört, während der Menschenhandel blüht“, so Vieregge. Diese Missstände im jetzigen System zu verhindern, sei unmöglich. Deshalb fordere die Union als erste Fraktion im Deutschen Bundestag einen grundlegenden Kurswechsel.

Der Staat könne Frauen nicht in der Prostitution, sondern nur vor der Prostitution schützen. Deshalb will die Union die in anderen europäischen Staaten gemachten Erfahrungen nutzen und das sogenannte „Nordische Modell“ für Deutschland weiterentwickeln. „Es geht darum,

Kerstin Vieregge, MdB für den Wahlkreis 135, Lippe I

Wahlkreis-Büro

Emilienstraße 12, 32756 Detmold
Telefon: +49 5231/924960 | Fax: +49 5231/924992
E-Mail: Kerstin.vieregge.wk@bundestag.de

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77095 | Fax: +49 30 227-70094
E-Mail: Kerstin.vieregge@bundestag.de

Präventions- und Ausstiegsangebote zu fördern, Opferschutz zu etablieren und das Verbot von Sexkauf vor Ort durchzusetzen“, informiert Tornau. Schweden habe bereits 1999 als erstes europäisches Land Sexkauf unter Strafe gestellt, während Deutschland drei Jahre später die Prostitution legalisierte. Seit Jahren setzt sich die Frauen Union der CDU bereits für ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte in Deutschland ein. „Der nun in der Unionsfraktion gefasste Beschluss zeigt unsere klare Position für Menschenrechte und gegen die sexuelle Ausbeutung“, sehen die lippischen CDU-Frauen einen erfolgreichen Schritt gegen den geschlechtsspezifischen Machtmissbrauch, der die Geschäftsgrundlage der Sexindustrie ist. „Die Situation der Betroffenen, insbesondere junger Frauen, fordert uns zum Handeln auf“, sind Vieregge und Tornau sich einig.

Bildunterzeile: Bundestagsabgeordnete Kerstin Vieregge (links) und Birgit Tornau, Vorsitzende der Frauen Union Lippe rufen auf zu Solidarität für ein Sexkaufverbot.

*V.i.S.d.P.
Kerstin Vieregge*